

Überleben in den Krisen

Anmerkungen zum neoliberalen Krisenmanagement

von *Thomas Rudek*

„Information – das Dir Angegebene; Wissen – das Dir Gegebene“

Elazar Benyoetz

Inhalt

Vorbemerkung	1
Krise und Information	2
Selektion durch Information	3
Selektive Informationspolitik zwischen unterbewusster Akzeptanzerzeugung und Geheimhaltung oder: Von der Wannseekonferenz zur Mont Pelerin Society	4
Die zurecht gestutzte Informationsgesellschaft im Neoliberalismus.....	6
Krisenkonkurrenz: Welche Krise ist systemrelevant?	9
Finanzkrise als Krise der Wissenschaften	10
Das Krisenmanagement des neoliberalen Kartells.....	14
Ausblick(e): Alternativen zum neoliberalen Sparzwang	20
Rekommunalisierungsfond statt Rettungsschirm	22
Literatur- und Medienangaben.....	23

Vorbemerkung

Krisen bringen zum Ausdruck, dass Störungen in den informationsverarbeitenden Systemen auftreten. Aus der informations- und systemtheoretischen Perspektive formuliert: Die eingehenden Informationen lösen Rückkoppelungen aus, die innerhalb der vorgegebenen Regelkreise die Funktionalität der anderen Schaltstellen überfordern. Einer Funktionsstörung folgen andere Teilstörungen bis hin zu einer Systemstörung, die den gesamten Systemausfall zur Folge haben kann. Die provokante Frage bleibt: Bauen wir ein neues System, oder warten wir auf den „technischen“ Hilfsdienst, der es gewiss schon irgendwie richten wird?

Krise und Information

Als Bernd Nielsen in seinem der 24. Jahrestagung der Gesellschaft für Psychohistorie und Politische Psychologie vorangestellten Diskussionspapier das aus Kleinianischer Psychoanalyse entnommene Bild vom Geld als „Container“ präsentierte¹ und eindringlich für „die Notwendigkeit der Formulierung einer psychohistorischen Geldtheorie“ (ebd.) plädierte, war ein wesentlicher Grundimpuls für diesen Beitrag gegeben. **Denn bei allem Verständnis für die Fokussierung des Krisendiskurses auf die Finanzkrise erscheint in Anbetracht der Pluralität von Krisen ein Bezugsrahmen notwendig, der die wahrnehmungspsychologische Dominanz der Finanzkrise durchbricht und eine übergeordnete Reflexion zulässt und ermöglicht.** Das Bild vom Geld als „Container“ zum Anlass nehmend stellt sich nicht nur aus systemtheoretischer Perspektive die Frage nach den Regeln bzw. Regelkreisen, die den Fluss und Abfluss zum Container beeinflussen. Hierbei gilt es, die Aufmerksamkeit weniger auf das Geld bzw. den Pegelstand des Geldes zu richten, als auf die allgemeinen Steuerungsressourcen, die den Pegelstand bei Krisen regulieren. Diese Steuerungsressourcen lassen sich allgemein und abstract mit dem Begriff der Information zusammenfassen². Das Plädoyer von Bernd Nielsen aufgreifend wäre es vor dem Hintergrund krisentheoretischer und krisenanalytischer Diskurse nicht nur aus psychohistorischer, sondern auch aus allgemeiner Perspektive für die Praxistauglichkeit einer kritischen Neoliberalismus-Debatte hilfreich, wenn eine Theorie der Information als Steuerungsressource innovative Impulse für den Praxistest der überfälligen Systemtransformation liefern kann.

Informationen sind der zentrale „Botenstoff“, der nicht nur das System reguliert, sondern auch die Wahrnehmung und das Verhalten der Menschen als Mitglieder eines Systems. Aus informationstheoretischer Perspektive wäre ein Gesellschaftssystem krisensicher, wenn der Informationsfluss zu freiwilligen, aus eigener Überzeugung und Einsicht resultierenden Verhaltensanpassungen führt, ohne dass die Menschen gesellschaftlich bedingte Traumatisierungen erfahren.

¹ „Aus der Sicht Kleinianischer Psychoanalyse kann Geld als „Container“ für Gefühlsintrojekte betrachtet werden, so geschehen bei deMause, der Geld als „Container für Schuldgefühle“ interpretiert. Mit einem Verstehensansatz der Relationalen Psychoanalyse kann gesagt werden, daß durch Besitzverhältnisse über das Medium Geld Beziehungen zwischen Menschen gestiftet werden - die im Extrem totale Gefälle von Lebensmöglichkeiten bedeuten. Daher ist die Feststellung nicht abwegig, daß sich durch das Medium Geld destruktivste Absichten gegen andere Menschen realisieren lassen, Konzepte der Macht über Leben und Tod“ (Nielsen, 2010).

² So auch der Literatur- und Medienwissenschaftler Jochen Hörisch, der die Umstellung sprich Transformation der Geldwirtschaft in eine Informations- und Mediengesellschaft betont: „Dass Geld ein Wert an sich ist, der 100 Euro und 100 Franken-Schein an sich wertvoll ist, das glaubt keiner mehr. Das heißt, in der Umstellung von einer Geld- in eine Medien- und Informationsgesellschaft wird deutlich, das Geld Information über Knappheit ist. Und heute ist die Frage..., glaubt man noch ans Geld, glaubt man noch daran, dass Lehman Brothers zahlungsfähig ist, glaubt man noch, dass Griechenland die Staatsschulden zurückzahlen kann... Ich sehe als die gegenwärtige Finanzkrise nicht nur als große ökonomische Krise, ich sehe sie auch als eine Krise, die zusammenhängt mit der Transformation, mit der Konversion einer Geldgesellschaft in eine Informations- und Mediengesellschaft“ (Hörisch, 2010).

Diesem Ideal stehen zahlreiche Hindernisse entgegen: Die gegenwärtige Herrschaftspolitik betreibt eine selektive Informationspolitik, die sich im Begriff behaupteter „Alternativlosigkeit“ manifestiert. Von Seiten der Beherrschten wird in der Regel nicht der Mangel an Informationen und Alternativen beklagt. Im Gegenteil: Die stillschweigende Akzeptanz des wahrnehmungspsychologischen Trotts in den multimedialen Einbahnstrassen mündet oft in einer psychohistorischen Einstellungshaltung mit entsprechend regressiv-sozialisierten Wahrnehmungsmustern, die mehr auf Abschotten und Verweigern ausgerichtet sind als auf eine generelle Offenheit gegenüber neuen Gestaltungsoptionen und Systemveränderungen!

Bei der reflexiv-theoretischen Beobachtung von institutionalisierten Verweigerungspraktiken und antrainierten, einstudierten, sozialisierten Verweigerungshaltungen ist festzuhalten, dass diese nicht nur durch die neoliberalen Herrschaftsstrukturen mit dem Begriff der Zensur erklärt werden können. Ein solcher verkürzter Ansatz würde fälschlicherweise unterstellen, dass das neoliberal-elitäre Machtkartell so intelligent wäre, nicht nur die differenzierende Klassifizierung von systemrelevanten Informationen und Zerstreungs- sprich Bagatellinformationen eigenständig und bewusst vornehmen zu können, sondern auch Problemlösungskonzepte für Systemveränderungen erarbeiten zu können. Gerade die Finanzkrise verdeutlicht, dass sowohl die Machtelite wie ihr Unterbau von Experten und Sachkundigen im Wahrnehmungs-“trott“ der eigenen Spezialisierung gefangen und befangen ist.³ Die Lernfähigkeit scheint aufgrund der pathologischen Ausrichtung an der Befriedigung eigennütziger Interessen ihre eigens gemachte Behinderung zu erfahren. Die Folgen bestehen in einer Pervertierung der Information jenseits rationaler Verstehensansprüche durch eine vorsätzlich gewollte Undurchschaubarkeit, wodurch die Produktion von Irrationalität billigend in Kauf genommen wird und sich dadurch das destruktive Potenzial einer Systemkrise erst entladen kann.

Selektion durch Information

Der Soziologe Harald Welzer hat in seinem beeindruckenden Werk "Klimakriege" schonungslos vor Augen geführt, wovor die Menschen in den Wohlfühländern der industrialisierten Welt gerne ihre Augen verschließen: Im Mittelpunkt seiner Ausführungen steht weniger das Szenario von Wanderungsbewegungen infolge klimatischer Veränderungen, sondern die wesentlich wichtigere Frage, wie wir mit den Migrationsbewegungen umgehen werden, wie unser Verhalten aussehen wird, wie viel von unserer Gastfreundschaft übrig bleibt, wenn Millionen von Klimaflüchtlingen sich notgedrungen auf den Weg gemacht haben und vor der Tür

³ Vorausgesetzt man will die Groteske des kritischen Diskurses der Finanzkrise ans Tageslicht bringen, dann erscheint an dieser Stelle der Hinweis angebracht, dass sich das globalisierungskritische Netzwerk attac auf einem „Bankentribunal“ in Berlin im April diesen Jahres bemühte, eine Krise analytisch verstehen zu wollen, während die Urheber der Finanzkrise bereits längst eingestanden hatten, dass das Verbriefungsgeschäft mit „strukturierten Wertpapieren“ eine Komplexität angenommen hat, die sich dem rationalen Verstehen längst entzogen hat! Diese Selbsteinschätzung von Mitarbeitern der Finanzwelt ist herausragend dokumentiert in dem aktuellen Interviewband „Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt“.

stehen, und um Einlass bitten. Harald Welzer kommt aus der Opfer-Täter-Forschung, hat sich mit Publikationen über die NS-Forschung einen Namen gemacht und es bei der Feststellung historischer Tatbestände nicht belassen, sondern seine Erkenntnisse über die Wandelbarkeit menschlichen Verhaltens in Abhängigkeit von Systemprägungen auf zukünftige Problemsituationen übertragen. Seine Erkenntnisse aus der NS-Forschung mögen an einem Beispiel exemplarisch herausgestellt werden. Nachdem der Bevölkerung über mehrere Jahre eingetrichtert worden war, die Probleme der Weltwirtschaft hätten ihren Ursprung in der Weltherrschaft des Judentums, und gleichzeitig ein arisches Ideal als Gegenbild aufgebaut worden war, waren nicht nur die Voraussetzung für die stillschweigende Akzeptanz der Massenvernichtung gelegt, sondern auch die Bereitschaft bei zahlreichen Bürgern hergestellt, sich aktiv an der Problemlösung zu beteiligen. Welzer erwähnt hier das Beispiel des Ingenieurs Kurt Prüfer der, wie selbstverständlich sein erlerntes Fachwissen beisteuerte, um die Leistungskapazität der Verbrennungsöfen in den Vernichtungsanlagen zu erhöhen.⁴ Diese Art der arbeitsteiligen Wahrnehmung erfordert ein System, in dem die Elite nicht nur ungestört die Definitionsmacht von Problemstellungen ausübt, sondern soweit in den Alltag seiner "Untertanen" hineindiktiert, dass diese ihr Verhalten und ihr Denken konform gleichgeschaltet in den Dienst des Systems stellen und so zur "Leistungsoptimierung" aktiv beitragen.

Selektive Informationspolitik zwischen unterbewusster Akzeptanzerzeugung und Geheimhaltung oder: Von der Wannseekonferenz zur Mont Pelerin Society

Die alltäglichen Folgen dieser Indoktrinierung und Deformation zwischen Tätern sprich Indoktrinierten und Opfern bzw. Stigmatisierten hat Peter Weiss mit seinem Theaterstück "Die Ermittlung - Oratorium in 11 Gesängen" beeindruckend dargestellt, indem er das Aktenmaterial des Frankfurter Auschwitzprozess aufgearbeitet hat, um so die Pervertierung einer Herrenmenschen-Ideologie dem Publikum der Nachkriegszeit als Theaterstück schonungslos vor Augen zu führen bzw. ins Gedächtnis zu rufen. Es ist die für die informationelle "Aufarbeitungs"kultur in Deutschland beschämend, mit welcher Geringschätzung die Bevölkerung und mit welcher Energie das Machtkartell Peter Weiss behandelt

⁴ "Gesellschaftliche Entwicklungen können gerade in hochkomplexen Gesellschaften davon abhängen, wie Handlungsbedingungen und Gelegenheitsstrukturen von Menschen ausgewertet werden, die in einer bestimmten Konstellation gerade ihre Chance sehen, ihre besonderen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. In diesem Zusammenhang ist etwa der Fall des Ingenieurs Kurt Prüfer instruktiv, der für die Erfurter Firma Topf & Söhne Krematoriumsöfen entwickelte und einen besonderen Ehrgeiz zeigte, die Leistungsfähigkeit der Leichenbeseitigung in Auschwitz zu erhöhen. Hier eröffnete die Ingenieursleistung der Entwicklung eines so genannten Doppelmuffelofens eine beträchtliche Erhöhung der Ermordungsrate, da mit Prüfers Ofen viel mehr Leichen beseitigt werden konnten als zuvor. Massenmörderische Prozesse wie der Holocaust sind aus einer Vielzahl solcher partikularen, oft unscheinbar aussehenden Beiträge zusammengesetzt; sie folgen keinen Masterplänen, sondern sozialen Entwicklungsdynamiken, die darauf basieren, dass Menschen an verschiedenen Stellen und auf verschiedenen Niveaus des arbeitsteiligen Prozesses einen Sinn darin sehen, ihre Aufgabe besonders gut zu machen und die Sache voranzubringen" (Welzer, S. 175).

und als "Nestbeschmutzer" ausgegrenzt hat, so dass Weiss schließlich im schwedischen Exil sein Dasein fristen musste. Bei diesem Dokument handelt es sich nicht nur um ein zeithistorisches Juwel der Kulturgeschichte, sondern um ein Gut, das an Aktualität solange nichts verloren hat, solange die Diskriminierung nicht genehmer Bevölkerungsgruppen nicht nur von rechtsextremistischen Randgruppen betrieben wird, sondern auch Führungspersonlichkeiten der so genannten Leitkultur nicht zaudern, sich in allzu selbstgefälliger Tonlage mit einem fremdenfeindlichen Jargon zu Wort melden, wie der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) in der *lettre international*⁵.

Es ist beklagenswert, dass in den Rahmenplänen für den Schulunterricht dieses Theaterstück genauso wenig zur Pflichtlektüre erkoren wird wie der Film "Die Wannseekonferenz". In diesem Spielfilm - es gibt eine deutsche Inszenierung, die sich stark am Original des Geheimprotokolls orientiert, und eine britische Fassung (s. die Angaben im Medienverzeichnis) -, steht nicht die Opfer-Täter-Beziehung im Mittelpunkt, sondern die minutiöse, bürokratisch-logistische Planung und Vorbereitung der Massenvernichtung durch die Experten und Repräsentanten der Verwaltung, deren Spitzenfunktionäre auch gerne mit dem Begriff der "grauen Eminenzen" beschrieben werden. Dass über diese "Konferenz" nicht nur Geheimhaltung verhängt wurde, sondern die Protokolle auch mit einer einzigen Ausnahme vernichtet worden sind, offenbart die Bedeutung, die einer selektiven, auf Geheimhaltung basierenden Informationspolitik beizumessen ist.

Die filmischen Inszenierungen der Wannseekonferenz verdienen deshalb besondere Erwähnung, weil hier ein Dokument der Öffentlichkeit nahe gebracht worden ist, das in das Denken elitärer Funktionsträger einen Einblick vermittelt, der nicht nur aus Sicht der politischen Psychologie bedeutend ist. Im Gegensatz zu der Theaterinszenierung des Frankfurter Auschwitzprozess, in denen die Beschuldigten sich zwangsweise in der Rolle befanden, ihr verbrecherisches Tun rechtfertigen zu müssen, kommt in den filmischen Umsetzungen des Wannseeprotokolls das nüchterne und zugleich pathologische Engagement der Beteiligten zur Geltung, die sich im Rahmen ihrer Sozialisierung und beruflichen Karriere in den Dienst eines "höherrangigen" Ziels, des Völkermords, gestellt haben. Es ist gewiss einzig und allein dem Kontext des kalten Krieges zu verdanken, dass dieses Dokument – als repräsentables Beispiel für das Herrschaftswissen der damaligen Zeit – für die Öffentlichkeit "frei" gegeben worden ist. Im Hier & Heute, in dem die Zwänge einer "alternativlosen" Globalisierung zur Endlosschleife offizieller Propaganda gehören, wäre eine solche freizügige Informationspolitik gewiss nicht zu erwarten. Im Gegenteil: In den abgeschotteten Kreisen der neoliberalen Oberliga wird nicht nur

⁵ s. Klasse statt Masse. Anhand des Gesprächs mit Sarrazin lässt sich exemplarisch aufzeigen, wie das neoliberale Agenda-Setting funktioniert: Die *lettre International* ist eine Zeitschrift, die bestenfalls in „avantgardistischen“ Zirkeln gelesen wird und eine entsprechend geringe Auflage vorweist. Erst als das Leitmedium der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten das Thema aufgriff und Frank Plasberg in seiner Talk-Sendung „Hart, aber fair“ die Fragestellung "Nach Sarrazins Türken-Schelte: Was ist noch Klartext, was ist schon Vorurteil?" durch seine einseitige Podiumsbesetzung bereits beantwortete, schlugen die Wellen hoch und das Thema war „hipp“.

der Wahrnehmungshorizont auf die Bevölkerungsexplosion eingeengt, sondern zugleich ist davon auszugehen, dass in den führenden neoliberalen Think Tanks Strategien erarbeitet werden, sich dieses Problems unter Einsatz hocheffizienter Verfahren zu entledigen. Nun liegt es in der Natur solcher "Vermutungen" begründet, dass ohne eine exakte Beweisführung solche "hochgradig spekulativen Annahmen" schnell als verschwörungstheoretisches Hirngespinnst etikettiert und abgetan werden. Doch gerade die Kontrastierung dieser psychologischen Verdrängung mit der Geheimhaltungspraxis der Wannseekonferenz sollte die Augen öffnen und die Vermutung nahe legen, dass sich gerade in der neoliberalen Phase Netzwerke konstituiert haben, die an ähnlichen Endlösungs-Szenarien arbeiten. Auch ist der Einfluss des wichtigsten neoliberalen Think Tanks, der Mont Pelerin Society, bekannt und dokumentiert und genauso wenig ein verschwörungstheoretisches Hirngespinnst wie die Trilaterale Kommission oder die Bilderberg-Konferenzen.⁶

Die zurecht gestutzte Informationsgesellschaft im Neoliberalismus

Dieser historische Exkurs verdeutlicht die Prägungs- und Steuerungsfunktion einer Informationspolitik, die im wesentlichen auf der Ausblendung bzw. Selektion systemrelevanter Informationen basiert (Verknappung) und im umgekehrten Falle die Überproduktion belangloser Zerstreuungsinformationen durch die Unterhaltungsindustrie fördert: Welche Information vom "Sender" ausgewählt, „frei“ gegeben wird und bei den Empfängern nicht nur ankommt, sondern auch aktiv rezipiert, angenommen und verinnerlicht wird, ist auch für den Krisendiskurs von zentraler Bedeutung. Wir werden mit wahrnehmungspsychologischen Präferenzen nicht geboren, sondern diese werden uns anezogen, antrainiert. Die neoliberale Konditionierung bzw. Programmierung von Informations-, Wahrnehmungs- und Kommunikationsmustern hat sich über Jahrzehnte in unser Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster eingebürgert und entsprechende Vorsätze, aus diesem deterministischen Muster auszubrechen, scheitern schon daran, weil die Definitionsmacht des Krisendiskurses nach wie vor in den Händen der neoliberalen Elite liegt. An konkreten Beispielen wie der Finanzkrise und dem Informationsfreiheitsgesetz lässt sich exemplarisch nachweisen, wie die neoliberale Hegemonie das Informationsangebot im wahrsten Sinne des Wortes beherrscht.

In seiner ungebrochenen Vormachtstellung steht der Neoliberalismus in der Tradition eines totalitären Informationsmanagements, das darauf abzielt, seine Problemanalyse und -definition in elitärer Abgeschottenheit zu bestimmen und das

⁶ Aufschlussreich sind die in dem Film „Let's make money“ dokumentierten Aussagen des Wirtschaftsredakteurs der NZZ Gerhard Schwarz, der selbst Mitglied in der MPS ist: Während die Freiheit des Handels und des Geldes wie der Abbau der Staatsintervention als oberste Ziele von der MPS durchgesetzt worden sind, soll die (Bewegungs)freiheit des Menschen interventionistisch reguliert werden. Schwarz vertritt das Modell eines Eintrittsgeldes für all diejenigen, die in eines der hoch entwickelten Industrieländer wollen, aber bisher keinen Beitrag zum Entwicklungsstand dieser „Hochkulturen“ leisten konnten. Ansonsten ist der Einfluss der MPS und anderer Think Tanks von Naomi Klein hervorragend dokumentiert.

Verhalten seiner Untertanen entsprechend des neoliberalen Wertekanons zu indoktrinieren und alltagskompatibel umzumünzen. Dieser Ansatz, den Neoliberalismus aus informationstheoretischer Perspektive als kontinuierliche Fortsetzung totalitär-faschistoider Systeme einzuordnen, mag auf den ersten Blick befremden und in Kontrast zu der viel gepriesenen und behaupteten Informationsgesellschaft stehen. So werden professionelle Dienstleister wie der Journalist und Medienanalyst Axel Ganz nicht müde, die Geschichte von der pluralen Informationsgesellschaft zu schildern, die unter einem zu viel an Informationen leidet⁷. Bereits in den 90er Jahren bürgerten sich begriffliche Wortschöpfungen wie "information overloaded" oder "information overkill" ein und machten die Runde.

Festzuhalten ist, dass mit den rasanten Fortschritten der Informationstechnologie insbesondere in den Bereichen der Datenübertragungsgeschwindigkeit, der exponentiellen Steigerung der Speicherkapazitäten wie der Miniaturisierung des Equipment eine Mystifizierung der Informationsgesellschaft stattgefunden hat, die den Eindruck einer gut informierten Zivilgesellschaft erweckt. Unterstützt wird dieser Mythos auch durch die eigene Bestandsaufnahme: Wer seine täglichen mail-Fluten, die täglich konsumierten Nachrichten und die zu erledigenden Informations- und Kommunikationsaufgaben vor seinem geistigen Auge Revue passieren lässt, der wird aller Wahrscheinlichkeit nach das Bild der Informationsgesellschaft als zutreffend bezeichnen und sich weniger „Informationsstreß“ im Alltag wünschen. Wer wie die meisten Menschen in den hoch entwickelten Industriegesellschaften derart fest eingebunden in die modernen Kommunikationstechniken ist, der läuft jedoch schnell Gefahr, sich auf den Datenhighways festzufahren und den Blick für die Details der Bit & Bytes zu verlieren. Die angedeutete Problematik fasste erst kürzlich der Mathematiker Hans G. Zeger dahingehend zusammen, indem er die Informationsgesellschaft als einen stetig wachsenden Heuhaufen beschreibt, wobei es wesentlich wichtiger wäre, Verfahren zu entwickeln, um die bekannte Nadel ausfindig zu machen. Bei dem Versuch, dieses Problem zu konkretisieren, erscheint eine doppelte Differenzierung hilfreich: Wer sich die Nachrichten der letzten Tage oder zu bestimmten Problemfeldern wie der Finanzkrise vergegenwärtigt, dem wird auffallen, dass analytische Detailinformationen überwiegen, während Perspektiv-Informationen oder Problemlösungsinformationen jenseits neoliberaler Systemzwänge so gut wie nicht angeboten werden. Und selbst bei den analytischen Detail-Informationen ist der mangelnde "Tiefgang" zu beklagen: Interdisziplinär weitergehende Analysen, die von der neoliberalen Verwertungsintention eines analytischen Ansatzes freigestellt sind, und zugleich eine Perspektive zur solidarischen Systemtransformation vermittelnd anbieten, gehören zur absoluten Ausnahme. Stattdessen findet ein neoliberales Informationsmanagement statt, dessen Ziel in der Optimierung gegenwärtiger Verteilungsstrukturen besteht. Mit diesem grundlegenden Dilemma lässt sich das neurotische Dasein in der

⁷ So Ganz in der arte-Sendung: „Journalismus auf Abwegen“. Ganz beklagt die "allgemeine Anarchie der Information": "Unsere Gesellschaft erlebt eine Informationsexplosion. Man weiß alles, man sagt alles, fast zeitgleich mit dem Geschehen..." (s. Journalismus)

Informationsgesellschaft auf den Punkt bringen: Fest eingespannt in das buntflimmernde Multimedia-Geschirr inkl. Scheuklappen traben wir im gewohnten Trott in eine vorgegebene Richtung, ohne mögliche Abzweigungen zur Kenntnis zu nehmen. Diese wahrnehmungspsychologische Gleichschaltung findet auch in der Organisationsstruktur der Gesellschaft eine Entsprechung: Das wissenschaftliche sprachliche Äquivalent zur Informationsgesellschaft, die "Wissenschaftsgesellschaft" (Kreibich), reduziert ähnlich auf ein technizistisch-dominiertes Bild von Wissenschaft, indem vor allem den naturwissenschaftlichen Fakultäten die führende Schlüsselrolle und Führungsfunktion zugebilligt wird. Auch hier drängt sich der Eindruck auf, dass den Begriffen der "Information" und des "Wissens" ihr ganzheitlich-interdisziplinärer Anspruch ausgetrieben worden ist und stattdessen ein technokratisches Schmallspurexpertentum herangezüchtet worden ist, das keinesfalls für jene Risiken gewappnet ist, die vom Soziologen Ulrich Becks in seinem Buch "Risikogesellschaft" bereits in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts eingehend dargestellt worden sind. Die neoliberale Ausrichtung auf jene Forschungsfelder der "Zukunftstechnologien" bei gleichzeitigem Abbau der "Orchideenfächer" ist nicht nur als Angriff auf die Geistes- und Sozialwissenschaften zu bewerten, sondern zeigt zugleich, dass der sozialen wie ökologischen Architektur unter Berücksichtigung der historischen Strukturen in ihren besonderen Unterschieden bei der zukünftigen Weltgesellschaft kein Raum zugestanden worden ist. Wer zusätzlich noch den Druck durch die Bologna-Reform (kürzere Studienzeiten und mehr standardisierte Leistungsnachweise durch die Spaltung des Studiengangs in Bachelor und Masterstudiengänge) auf die angehende Führungselite einbezieht, wird abschätzen können, wie es um Charaktereigenschaften wie Empathie und sozial-ökologisches Denken bei diesen sozialisierten Führungspersönlichkeiten bestellt sein wird. Am Ende der wissenschaftlichen Sozialisation stehen junge, konforme, aufstiegsorientierte Wissenschaftler, die - um besonders zu glänzen - noch eine Zusatzqualifikation im Vertriebsmanagement oder in anderen betriebswirtschaftlichen oder fachjuristischen Spezialdisziplinen nachweisen können, und bei einer in Aussicht gestellten Aufstiegsperspektive gewiss keine Schwierigkeiten haben werden mit Verschwiegenheitsvereinbarungen und mit der Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

Dieser Elite von Geheimnisträgern steht die große Masse gegenüber, die sich in Krisenzeiten am liebsten den Rücken frei halten wollen vor Verunsicherungen und Veränderungen. Auch diesem Bedürfnis wird zumindest virtuell entsprochen: Das Eintauchen in die Medienlandschaft hält für jede Zielgruppe ein breites Angebot an Serien bereit, zu deren Protagonisten vertrauensvolle Beziehungen entwickelt werden, die zumindest den Anschein von Verlässlichkeit und Beständigkeit vorgaukeln, während in Wirklichkeit das massenmedial paralytierte Massenbewusstsein verschaukelt wird. Während in Ärzteserien ein diagnostischer Aufwand betrieben wird, der in der Realität seinesgleichen vergebens sucht, erhält das wirkliche Leben erst dann die ersehnte rosarote Färbung, nachdem der rezeptpflichtige Pharmacocktail seine Wirkung entfaltet. Unterdessen läuft nicht nur der neoliberale Umbau des Gesundheitssektors alternativlos weiter.

Krisenkonkurrenz: Welche Krise ist systemrelevant?

Die konkurrierende Rivalität von Krisen unterschiedlichen Typs in Verbindung mit hoch differenten Empathie- und Betroffenheitsgraden lässt sich an keinem Beispiel besser verdeutlichen als an dem alarmierenden UN-Klimabericht und seiner politischen Apathie einerseits, und an der zwangsläufigen internationalen Finanzkrise mit einem blindwütigen Polit-Aktionismus andererseits. Dem Prinzip des Aussetzens steht das hektische Prinzip von Schein-Aktivitäten gegenüber. Diese Differenz manifestiert nicht nur die ungebrochene Hegemonie des neoliberalen Denkens und Handelns im öffentlichen Diskurs der Bewusstseinsindustrie, sondern verdeutlicht die regressiv-repressive Praxis, konkrete Perspektiven und Handlungsoptionen für eine solidarische Systemtransformation aus dem kollektiven wie individuellen Wahrnehmungshorizont auszublenden bzw. zu eliminieren.

In den Wirtschaftswissenschaften hat sich eingebürgert, Wirtschaftskrisen im Rahmen zyklischer Entwicklungsverläufe als in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen auftretende Normalfälle darzustellen, so dass sich stets Vergleiche anbieten, die der Relativierung der individuell empfundenen Problemlagen dienen. Diese Relativierung oder individuelle Einrichtung in einen kleinbürgerlichen Zweckoptimismus hat der UN-Klimabericht nicht ermöglicht. Die Szenarien zur Klimaerwärmung waren nicht nur beunruhigend, sie waren beängstigend und die Berichterstattung stellte das Wachstumsmodell industrieller Entwicklungsverläufe stärker als zuvor in Frage. Vor diesem Hintergrund einer wirklichen Bedrohung muss der „Ausbruch“ der Finanzkrise mit seiner Krisen-Relativierung als rettender Anker erscheinen. Im Vergleich zur Wirtschaftskrise von 1929 erschienen die Bilder der gegenwärtigen Krise zumindest in den Wohlfühlländern akzeptabel: Neben Rettungsschirmen für die Großen gab es Kurzarbeitergeld für die Kleineren. Man richtete sich ein und der UN-Klimabericht geriet zwar nicht gänzlich in Vergessenheit, aber die Aufmerksamkeit war erst einmal auf die billionenschwere Rettung systemrelevanter Banken ausgerichtet. Im Dezember 2009 geriet jedoch dann erneut der UN-Klimabericht in die Schlagzeilen.⁸ In Anspielung an die Watergate-Affäre wurde unter dem Schlagwort „Climategate“ versucht, die Seriosität der wissenschaftlichen Methode der Klimastudie zu hinterfragen, indem gestohlene Datenreihen und unterdrückte Informationen zu Manipulationen geführt haben sollen. Wenngleich mehrere Überprüfungen die Aussagen und Prognosen zur Klimaerwärmung bestätigen⁹, so zeigt dieser Versuch einer psychologischen

⁸ s. Seynsche

⁹ Der Versuch einer vorsätzlichen Diskreditierung der Klimastudie verwundert insofern, als dass die informationelle Aufarbeitung der erhobenen Daten durch die internationale Ausrichtung der Studie in ihrer ursprünglichen Sprengkraft ohnehin entschärft worden ist – so auch die Einschätzung von Harald Welzer, der darauf hinweist, dass die Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) vor ihrer Veröffentlichung „einen pluralistischen politischen Debattenfilter durchlaufen haben, an dessen Ende nichts Übertriebenes mehr herauskommen kann. In solchen Aushandlungsprozessen geht es, wie man weiß, nicht um wissenschaftliche Wahrheit, sondern um Interessen - also etwa darum, welche Verpflichtungen welcher Befund für welches Land nach sich ziehen könnte. Was am Ende eines

Relativierung, der mit 28 Millionen Treffern bei der Netz-Recherche zum Thema Climategate doch ein sehr hohes Interesse widerspiegelt, die Diskrepanz in den Anforderungen wissenschaftlicher Seriosität bei verschiedenen Krisentypen.¹⁰ Zugespielt formuliert: Umweltkrisen sind theoretische Behauptungen, die wissenschaftlich keineswegs abgesichert sind, während Finanzkrisen als gefährliche Systemkrisen sofort bekämpft werden müssen und jeder seinen Beitrag leisten muss. Wenn es um die Meßlatte hinsichtlich des Wahrheitsgehalts von wissenschaftlich ermittelten Prognosen geht, die für das neoliberale Wachstumsmodell eine Bedrohung darstellen und das neoliberale Wirtschaften möglicherweise in eine tiefe Krise hätten stürzen können, dann wird die Meßlatte hoch angelegt. Geht es um die Finanzkrise und die Rettung „systemrelevanter“ Banken, dann genügt das ungeprüfte Attribut „systemrelevant“, um Billionen für die Bankenrettung bereit zu stellen. Stellt sich die Frage vor wem wird gerettet? Vom Verfahren einer geordneten Insolvenz oder war die Rettung systemrelevanter Banken möglicherweise lediglich ein gut geplanter Coup, um die neoliberale Umverteilung zu optimieren und zu beschleunigen?

Finanzkrise als Krise der Wissenschaften

Zuvor wurde bereits erwähnt, dass die Bemühungen von Seiten der Medien wie der globalisierungskritischen Organisation attac Licht ins Dunkel zu bringen, und analytisch das Krisengeschehen rational verstehen zu wollen, grotesk erscheinen

politischen Einigungsprozesses dieser Art herauskommt, der einige der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Rand der Selbstverleugung gebracht hat, ist die denkbar konservativste Einschätzung überhaupt. Da es den politischen Akteuren um die präventive Abwehr von Pflichten und die Vermeidung von Handlungszwängen geht, die aus den Analysen resultieren könnten, ist das Ergebnis am Limit des Unbezweifelbaren orientiert, insofern äußerst unspekulativ“ (Welzer, S. 53).

¹⁰ Bei der entschärfenden Relativierung der Umweltkrise durch die UN-Umweltstudie wie bei der Dramatisierung der systemrelevanten Finanzkrise fällt den Massenmedien und vor allem dem Leitmedium (TV) eine Schlüsselrolle zu, ohne deren Unterstützung die psychologische Erzeugung von systemkonformen Massenverhalten nicht möglich wäre. Ein noch moderates Beispiel sei an dieser Stelle angeführt: Unter dem Titel „Zweifel am Klimawandel“ strahlte am 16. Februar im kältesten Winter seit vielen Jahren das 3Sat-Wissenschaftsmagazin „nano“ zwei Beiträge aus, die sich inhaltlich auf den „IPCC-Bericht als Bibel der Klimawissenschaft“ bezogen und die prognostizierte Erderwärmung thematisierten. In dem Bericht von Frank Fahrens standen sich die Kontrahenten Stefan Rahmstorf vom Institut für Klimafolgenforschung Potsdam und Hans von Storch vom GKSS-Forschungszentrum in Geesthacht gegenüber. Für Storch ist die Klimaforschung in eine „tiefe Glaubwürdigkeitskrise“ geraten, weil es „in den letzten Jahren eine Neigung zur Dramatisierung“ gegeben habe. Entscheidend sei die „Grenzüberschreitung der Wissenschaft“, weil sie politische Forderungen gestellt habe. Dadurch habe die „Klimawissenschaft ... den Part des ehrlichen Maklers verlassen“, so Hans von Storch (wobei das Bild der Wissenschaft als „Makler“ Bände spricht). Stefan Rahmstorf vom Institut für Klimafolgenforschung Potsdam widersprach dieser Sicht und verwies, wie Welzer, darauf, dass viele unabhängige Forschergruppen weltweit an dem Bericht mitgewirkt hätten und zu ähnlichen Ergebnissen gekommen seien. Auch die Faktenanlage widerspricht der These, der Klimabericht würde dramatisieren und Panik schüren. Im Gegenteil, so Rahmstorf, die Prognosen seien viel zu moderat. Als Belege nannte er den Meeresspiegel, „der seit 1990 um 80% schneller angestiegen ist als es die Projektionen des IPCC vorausgesagt haben... Auch die Eisdecke auf dem arktischen Ozean... ist wesentlich rascher geschrumpft, als es die Projektionen des IPCC gesagt haben“. Diese Aussagen sind auch durch den anschließenden Bericht von Reinhart Brüning tendenziell bestätigt worden (s. Zweifel).

muss. Verursacht wurde die Krise, weil das Prinzip der Rationalität im Sinne einer fundierten wissenschaftlichen Methode, die interdisziplinär entwickelt und überprüft wurde, eben nicht zur Anwendung kam. Entsprechend desaströs endete das Banktribunal von attac. Der Urteilsspruch blieb aus. Das Presseurteil war vernichtend¹¹.

Letztendlich offenbart sich in der Finanzkrise die Krise des wissenschaftlichen Systems, genauer des Führungsanspruchs der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen. In allgemeinen Verlautbarungen betonen fachkundige Wirtschaftsexperten die Rolle der Psychologie. Von grundlegender Bedeutung sei das Vertrauen in die Konjunktur, in das Wachstum, in strukturierte Wertpapiere, so die Plattitüden. Nun setzt Vertrauen als psychologische Kategorie stets ein Vertrauensverhältnis voraus, das einer Grundlage bedarf: Soweit es sich um ökonomische Beziehungen in Form von Abhängigkeitsverhältnissen handelt, kann in der Kompetenz eine wichtige Grundlage für ein Vertrauensverhältnis vermutet werden. Nun ist die Konstruktion und Entwicklung von Finanzderivaten ein derart kompliziertes Unterfangen, dass insbesondere die mathematische Implementierung systemtheoretischer Modelle einen Abstraktionsgrad erreicht hat, der auch für die Beteiligten undurchschaubar geworden ist (ausgezeichnet dokumentiert in der Suhrkamp-Ausgabe "Strukturierte Verantwortungslosigkeit – Berichte aus der Bankenwelt"). Das Kompetenz-Dogma kann vor dem Hintergrund der Erschütterungen nicht weiter überzeugen. Ergänzend sei in diesem Zusammenhang auf die erhellenden Ausführungen des Literaturwissenschaftlers Jochen Hörisch hingewiesen, der anhand von Beispielen aus dem Fachjargon der „Geldsphäre“ nachweist, dass die Vertreter diese Sphäre weniger den Naturwissenschaften zuzuordnen sind als bei den Geisteswissenschaften in unmittelbarer Nachbarschaft zur Theologie angesiedelt werden müssten¹².

¹¹ „Wie attac plötzlich feige wurde“ titelte der Stern und auch der Spiegel kritisierte „Sprüche statt Aufklärung“. Vor dem Hintergrund der vorangegangenen erfolgreichen Mobilisierung für eine ausgedehnte Vorstellung (800 Karten zu 25 Euro das Stück wurden im Vorfeld verkauft) wie der Anwesenheit aller relevanten Medien war hier eine einmalige Möglichkeit verspielt worden, klare Alternativen und Forderungen an den Umbau des Finanzsektors zu stellen. Doch offensichtlich waren die Veranstalter noch so sehr mit dem analytischen Verstehen von Irrationalitäten beschäftigt, statt dem perspektivischen Gestalten einer neuen regionalen Finanzarchitektur und der globalen Einführung einer einheitlich verbindlichen ökologischen Währung eine Chance zu geben (s. Rudek, 2009).

¹² so erhellend wie beeindruckend das Gespräch zwischen Jochen Hörisch und Nathalie Wappler in der 3Sat-Matinee „Sternstunden Philosophie“, ausgestrahlt am 21. Februar 2010: "Geld hat Religion in einer gewissen Weise abgelöst. Man merkt dass auch daran, dass alle Leitbegriffe der Geldsphäre theologisch-religiös geprägt sind. Wenn ich Ihnen etwas verkaufe, dann erziele ich einen Erlös. Das kommt von Erlösung. Wenn ich einen Kredit brauche, dann leihen Sie mir möglicherweise etwas Geld. Das kommt von Credo. Dann bin ich Ihr Schuldner, Sie sind mein Gläubiger. Wenn ich nicht mehr zahlen kann, dann mache ich einen Offenbarungseid. Über die seltsame Doppeldeutigkeit des Konversionsbegriffes: Ich kann Euros in Schweizer Franken konvertieren, aber ich kann auch vom Katholizismus zum Protestantismus konvertieren... Einem Philologen fällt eigentlich auf, dass fast alle Leitbegriffe der finanziellen Sphäre religiöse Begriffe aufsaugen, in sich aufnehmen, transformieren, konvertieren... Dass die Banker eine ähnliche Priesterkaste sind wie die religiösen Beamten, das liegt auf der Hand: Die haben ähnliche Kleidungszwänge, sie lassen sich so wenig beobachten, wenn sie Entscheidungen fällen über den neuen Leitzins oder über große andere währungspolitische Maßnahmen. auch hier gibt es keine Protokolle. Dass ist wie beim Konklave, wenn der Papst gewählt wird. Beide Sphären sind übrigens ähnlich abgeschottet gegenüber Frauen... Analogien auf allen Ebenen und es sind begründete Analogien und kein frivoles Spiel mit Oberflächenähnlichkeiten." In dem Gespräch mit Nathalie Wappler führt

Die Versuche, dieses vorsätzliche irrationale System mit Transparenz therapierten zu wollen, erscheinen vor dem Hintergrund eines bürgerlichen Wertesystems verständlich. Und so prangert der Publizist und Wirtschaftsjournalist einer großen Berliner Tageszeitung, Harald Schumann, auch völlig zu Recht an, dass die Inanspruchnahme von Geldern aus dem Sonderfond zur Bankenrettung ohne öffentliche Kontrolle stattfindet:

"Das Haushaltsrecht des Parlaments, die Uridee der Demokratie, die Haushaltsrechte der Parlamente wurde de facto in allen Krisenstaaten außer Kraft gesetzt. Ausgaben von Steuergeldern folgt ohne parlamentarische Kontrolle und noch bei weitem wichtiger erfolgt ohne öffentliche Debatte. Die Bürger können bis heute nicht überprüfen, warum und für wen sie eigentlich zahlen müssen. In Deutschland fing es schon damit an, dass die Konditionen in den Geheimverhandlungen von zwei Regierungsbeamten mit den Vertretern von Banken festgelegt worden sind, im wesentlichen Josef Ackermann. Der brachte dann auch gleich seine Anwälte mit, die kamen von der weltweit tätigen Großkanzlei Freshfield Bruckhaus Deringer. Und die schrieben dann praktischerweise auch die Gesetzentwürfe. Das muss man sich vorstellen: Wir haben über 3000 ausgebildete Juristen in der Bundesregierung, aber die Gesetzentwürfe für die Bankenrettung wurde von einer Anwaltskanzlei geschrieben, die weltweit ausschließlich für die Finanzindustrie tätig ist... Und das hat bis heute gravierende Folgen. Wir haben bis heute keine Kontrolle über den Fond für Finanzmarktstabilisierung. Es gibt lediglich ein Informationsgremium, bestehend aus neun Abgeordneten, die dürfen Fragen stellen, aber sie dürfen keine Dokumente anfordern, keine Leute vorladen und sie dürfen vor allem - das finde ich besonders irre - sie dürfen nicht einmal darüber reden, was sie in diesem Ausschuss erfahren... Das ist ungefähr so demokratisch wie der Volkskongress in Nordkorea."¹³

Die von Harald Schumann angeprangerten Transparenzdefizite sind keineswegs neu, sondern integraler Bestandteil neoliberaler Informationspolitik, was am Beispiel der juristischen Regulierung der Informationsfreiheit unten noch im Detail dargestellt wird. Allerdings – und auch das ging aus dem Vortrag von Harald Schumann hervor – würden selbst unter der Voraussetzung einer vollständigen Einblicknahme in die Ausschüttung und Verwendung der Steuergelder weder Ansätze für einen Umbau des Finanzsystems noch konkrete Vorschläge über die Verwendung der Mittel vermittelt werden, denn das operative Kreditgeschäft mit seinen

Hörich auch Beispiele für die libidinös-sexistische Besetzung von Begriffen aus der Geldsphäre an: „Und es ist doch eigentümlich wie sexistisch das Geld ist, dass es sich vermehrt? Wie kommt das Geld an Kinder? Warum wirft Geld Geld ab?... Eine Stange Geld, die Bilanz knickt ein, das Unternehmen richtet sich wieder auf, man braucht eine Finanzspritze und dergleichen mehr. Wie phallogozentrisch würde Derrida sagen, das Geld ist.“

¹³ so Harald Schumann auf einem Vortrag im Frühjahr diesen Jahres an der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Berlin

Verästelungen würde nach wie vor in die Zuständigkeit der Banken fallen. Auch ist eine zweckgebundene Verwendung der Mittel aus dem Sonderrettungsfond nicht vorgesehen. Entscheidend ist jedoch, dass bei aller Berechtigung für die Forderung nach umfassender Transparenz und Offenlegung wie einer konkreten Zweckbindung zwei wesentliche Bereiche nicht thematisiert werden:

1. Das Problem "systemrelevanter" Banken wird nicht gelöst. Im Gegenteil: Durch die Krise hat der Konzentrationsprozess bei Finanzdienstleistungsunternehmen zugenommen. Es ist das alte Spiel: Die Großen fressen die Kleinen. Statt Banken wie normale Wirtschaftsunternehmen zu behandeln und einem geordneten Insolvenzverfahren zu unterziehen, wird selbst vom globalisierungskritischen Netzwerk attac die Mär "too big to fail" geschluckt. Dass die Systemrelevanz eine Schutzbehauptung ist, um die alten Geschäftsmodelle auch weiterhin ungestört fortführen zu können, hat der Privatisierungskritiker und Bankenkenner Werner Rügemer am Beispiel der Bank Lehman Brothers nachgewiesen. Obwohl diese Bank NICHT gerettet wurde, existiert sie nach einem geordneten Insolvenzverfahren immer noch: Allerdings unter anderem Namen und mit anderen, „abgespeckten“ Geschäftsfeldern.¹⁴ Durch die berechtigte Forderung nach einer umfassenden Transparenz wird jedenfalls die zwingende verfahrenstechnische Alternative einer geordneten Insolvenz als entscheidende Voraussetzung, um den wirklich entstandenen Schaden unabhängig feststellen zu können und von diesem Sachverhalt ausgehend, den Grundstock für einen bescheidenen Neuanfang legen zu können, nicht zum Thema erhoben.

2. Auch den (historischen) Kontext einer massiven Umverteilung von unten nach oben während der letzten 30 Jahre als die elementare Voraussetzung, dass die Finanzindustrie die neuen verhängnisvollen Geschäftsfelder überhaupt hat entwickeln können, steht zumindest nicht im Mittelpunkt der meisten Analysen¹⁵. Erst der neue Reichtum zu Lasten einer Verarmung immer größerer Bevölkerungsschichten schuf die Voraussetzungen für die Suche nach todsicheren Anlagetipps in Investments mit "garantierten" Renditen, die auf den normalen Arbeitsmärkten niemand hätte erzielen können. Wie und vor allem von wem im Einzelnen diese Renditen erarbeitet werden sollen, interessierte die Anleger nicht. Diese wollten lediglich ihr schwer verdientes Geld noch schneller „arbeiten“ lassen. Mit Rationalität hat das freilich nicht das Geringste zu tun. In diesem Zusammenhang soll nicht unterschlagen werden, mit welchen

¹⁴ s. Rügemer: Die Lehman-Lüge - Zusammenbruch der US-Investmentbank löste größte staatliche Rettungsaktion aus. Nach Insolvenz lebt das Institut unter neuem Namen munter weiter, in: junge Welt vom 29.03.2010, S. 9

¹⁵ Ausgenommen Schumann, der vor allem die wachsende Ungleichheit in Form einer Einkommensverschiebung in den letzten 30 Jahren als volkswirtschaftliches Problem darstellt: Denn durch die Vermögensverschiebung entsteht kein Konsum, keine Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, sondern eine Nachfrage nach Finanzanlagen. Gewinner sind die "Finanz"industrie" und deren Vermögensverwalter, die damit immer einflussreicher werden (so Rolf Breuer, der die klassische Gewaltenteilung (Regierung, Gesetzgebung, Rechtsprechung plus Medien als vierte Gewalt) jetzt auch die „Finanzmärkte“ (sprich Banken) gerne „als fünfte Gewalt“ verstanden wissen möchte).

Argumenten neoliberale Vertreter zu kontern versuchen: Eingebürgert hat sich die Argumentationsfigur, dass es die Vermögenden seien, die einen Großteil der Steuerlast schultern, während die Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor so wenig verdienen, dass sich ihr Steuerbeitrag auf das der Konsum- sprich Mehrwertsteuer beschränkt.

Wie wenig diese Argumentation überzeugt, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Vermögenden es vortrefflich verstehen, sich einen Großteil der gezahlten Steuern durch Abschreibungen und andere Steuertricks zurück zu holen. Dem Journalistenteam Adamek, Hahn und Kim Otto ist es zu danken, dass ein Millionär gewonnen werden konnte, der vor laufender Kamera willig Auskunft über die zahlreichen Steuertricks gab. Die erkenntnisreichen Ergebnisse dieser Insider-Reportage wurde in dem Film "Schön reich - Steuern zahlen die Anderen" festgehalten. Es verwundert gewiss niemanden, dass diese wichtige volkswirtschaftliche Kenngröße der steuerlichen Rückerstattungen nicht statistisch erfasst wird. In den skandinavischen Ländern ist das anders: Dort kann sich jeder über seine Nachbarn informieren, was sie verdienen, wie viele Steuern bezahlt wurden und was an steuerlichen Rückvergütungen erstattet worden ist. Doch der transparente Informationszugang zu diesen volkswirtschaftlich relevanten Daten ist in Deutschland kein Thema. Das ist Privatsache.

Das Krisenmanagement des neoliberalen Kartells

Unabhängig von der Frage, ob die Finanzkrise bewusst vom neoliberalen Kartell mit dem Ziel einer Optimierung und Beschleunigung des Umverteilungsprozesses inszeniert worden ist, oder ob in der Finanzkrise lediglich die systembedingten Widersprüche des Neoliberalismus eruptiv zum Ausbruch kamen, bleibt festzuhalten, dass das Krisenmanagement nicht nur eine neoliberale Handschrift trägt, sondern auch zu einer Beschleunigung der neoliberalen Systemtransformation geführt hat. Dabei wird billigend in Kauf genommen, dass sich die nächsten Blasen bereits abzeichnen: So suchen verunsicherte Anleger jetzt nach sicheren Anlagen mit eindeutigen Bezug zu realen Wertschöpfungsquellen: Entsprechend exponentiell ist die Nachfrage auf den Rohstoffmärkten gestiegen. Fonds, die hier Anlegern "gesunde" Renditen anbieten, sind bereits jetzt überkapitalisiert und die Renditegarantien für Wasserfonds garantieren nur eines: Wasserpreise, die sich die Ärmsten nie leisten können. Auf diesen Zusammenhang ist an anderer Stelle ausführlicher hingewiesen worden.¹⁶

Für das Krisenmanagement in Deutschland wie in Europa ist es bezeichnend, dass entgegen besseren Wissens auf eine nachhaltige keynesianische Politik verzichtet wurde. Denn auch die Konjunkturpakete ändern nichts an den Strukturverhältnissen, die den Bankensektor bevorzugt privilegieren, während der öffentliche Sektor und

¹⁶ s. Rudek, 2009

insbesondere die Kommunen einem noch nie gewesenen Sparzwang ausgesetzt werden. Mit anderen Worten: Neoliberales Krisenmanagement ist gekennzeichnet durch eine einseitige Lastenverteilung. Der Grundsatz "Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert" wird hierbei mit einer Brutalität unter Verletzung rechtstaatlicher Regeln durchgesetzt, die es angebracht erscheinen lassen, diesen Grundsatz in Anlehnung an die mafiösen Verhältnisse in Sizilien schärfer zu formulieren: "Die Gewinne werden sizilianisiert, die Verluste sozialisiert" (so die ehemalige Berliner SPD-Abgeordnete Gerlinde Schermer zur "neuen" Privatisierung im Rahmen so genannter Public Private Partnership Modelle

Die Folgen: Der Ausverkauf öffentlichen Vermögens wird beschleunigt und dem neoliberalen Ziel der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge noch weiter als bisher Tor und Tür geöffnet. Allerdings ist im Rahmen einer neoliberalen Optimierungsstrategie das Geschäftsmodell der Privatisierung modernisiert worden. Aufgrund der Negativ-Erfahrungen in England setzt man nicht nur in Deutschland auf Kooperationen mit privaten Investoren im Rahmen so genannter „Öffentlich-Privater-Partnerschaften“ (Public-Private-Partnership - PPP).¹⁷ Diese Teilprivatisierungen sind jedoch für die öffentliche Hand bzw. die Bürger und Verbraucher kein Gewinn. Im Gegenteil: Mit dem Wechsel von der Privatisierung zur Teilprivatisierung ist nichts gewonnen - mit Ausnahme für die Investoren bzw. privaten "Teilhaber". Genauer betrachtet, handelt es sich bei der PPP-Offensive um ein Modell, mit dem der Cash flow öffentlicher Steuergelder in die Taschen privater Konzerne langfristig gesichert wird bei einer gleichzeitigen Neutralisierung des unternehmerischen Risikos. Diese angelegte Beschleunigung des Abflusses öffentlicher Haushaltsmittel schränkt nicht nur die haushaltspolitischen Gestaltungsspielräume stark ein, sondern beschleunigt auch die Verarmung der Kommunen.

Ein zentrales Element des neoliberalen Krisenmanagements ist die absolute Geheimhaltung bei dem Abschluss von PPP-Projekten. Alle Teilprivatisierungen werden vertraglich abgesichert. Über den Vertragsinhalt wird zwischen den Vertragsparteien absolute Geheimhaltung vereinbart - und das hat seinen besonderen Grund, der am Beispiel der größten Teilprivatisierung innerhalb der EU dargestellt werden kann. In Berlin sind 1999 die Berliner Wasserbetriebe über eine Holding AG teilprivatisiert worden. Der Berliner Senat (damals herrschte eine CDU-SPD Koalition) verkaufte 49.9% seiner Anteile an den Stromriesen RWE und den französischen Wasserkonzern Veolia für 1,68 Mrd. Euro. Begründet wurde die Teilprivatisierung eines gesunden öffentlichen Unternehmens mit der Verschuldung des öffentlichen Haushalts. Das Besondere an diesem Deal: Auch die privaten "Investoren" finanzierten ihren Einstieg nicht mit Eigenmitteln sondern mit einer Kreditaufnahme. Sie machten folglich nichts anderes als der Staat, so dass die Verschuldungsproblematik lediglich verlagert wurde: Aus öffentlichen Schulden wurden private Schulden, mit der Folge, dass auch weiterhin die

¹⁷ s. hierzu die mit Unterstützung der Bewegungsstiftung gestartete attac-Kampagne ppp-irrweg im Internet unter www.ppp-irrweg.de

Kapitalbeschaffungskosten in die Kalkulation der Wasserpreise einfließen und auch die Banken am Wassergeschäft fleißig mitverdienen. Juristisch "flankiert" wurde die damalige Teilprivatisierung durch ein Teilprivatisierungsgesetz, in dem auch die Gewinnkalkulation gesetzlich (!) festgehalten wurde. Gegen dieses Gesetz klagten die Oppositionsfraktionen PDS (heute: Die LINKE, Berlin) und Bündnis 90 / Die Grünen vor dem Berliner Verfassungsgerichtshof. Das Resultat: Die Teilprivatisierung an sich wurde verfassungsrechtlich für zulässig erklärt, jedoch ein Teil der Gewinnkalkulation wurde verworfen. Um sich gegenüber diesem "Staatsinterventionismus" (durch Richterspruch) abzusichern, ist zwischen den Vertragsparteien ein unbefristeter Geheimvertrag abgeschlossen worden, der die Gewinngarantien nicht nur für unantastbar erklärt, sondern notfalls sogar das Land Berlin verpflichtet, die jährlichen Gewinngarantien aus dem verschuldeten Haushalt zu bezahlen. Dank Insidern aus der Verwaltung sind einzelne Passagen bekannt geworden, so dass insbesondere diese neoliberale Instrumentalisierung des Rechts nicht nur als abstrakte Behauptung in den Raum gestellt werden kann, sondern durch die Angabe der Vertragspassage an dieser Stelle auch bewiesen werden kann:

"§ 23.7: Wird § 3 TPrG (Teilprivatisierungsgesetz) ganz oder teilweise für nichtig oder aufgrund einer Entscheidung eines Verfassungsgerichts mit höherrangigem Recht für unvereinbar erklärt („Nichtigerklärung“) und führt die Nichtigerklärung zu wirtschaftlichen Nachteilen der BWB, so ist das Land Berlin verpflichtet,... die Nachteile der BWB in vollem Umfang auszugleichen... Der Ausgleich ... erfolgt durch eine teilweise oder vollständige Abtretung des Gewinnanspruchs des Landes Berlin gegen die BWB für das jeweilige Geschäftsjahr. Sofern der abgetretene Gewinnanspruch des Landes Berlin niedriger ist als der auszugleichende Betrag, wird das Land Berlin der BB-AG den Differenzbetrag erstatten.“¹⁸

Das Entscheidende an dieser Vertragspassage wird ohne Berücksichtigung des zuvor geschilderten Kontextes oft übersehen.¹⁹ So steht oft die in der Passage kodifizierte disproportionale Gewinnverteilung zugunsten der privaten Investoren in der Kritik, und auch die Vorrückung der Schleuse zum öffentlichen Haushalt wird beanstandet. Dass Entscheidende liegt jedoch in der vertraglichen Privilegierung der Gewinngarantien, genauer: Dass diese außerhalb rechtsstaatlicher Regulierung gestellt werden, nach dem Motto: Egal, was der Gesetzgeber für Auflagen beschließt, egal, was durch höchstrichterliche Rechtsprechung entschieden wird, die privaten Gewinnansprüche bleiben unangetastet, stehen außerhalb des Rechtsstaates. Dieser Bruch in der Rechtssystematik, mit dem privatrechtliche Verträge, die nach dem BGB abgeschlossen werden, über die Gesetzgebung und über die Rechtsprechung gestellt werden, bleibt in der Diskussion oft unberücksichtigt. Auch das Vertragsrecht ist an Gesetz und Recht gebunden! Nur wenn die Einhaltung der Rechtsbindung nicht von unabhängiger Stelle kontrolliert wird, können solche Passagen entstehen.

¹⁸ Aus dem geheimen Konsortialvertrag zwischen dem Land Berlin und den Wasser“partnern“ RWE Aqua und Veolia Wasser:

¹⁹ Urteil des Berliner Verfassungsgerichts zum Teilprivatisierungsgesetz und der darin beanstandeten Gewinnkalkulation

Versuche, diese Passagen mit einem Volksbegehren formalrechtlich offen zu legen, werden von einer rot-roten Landesregierung (!) mit der Begründung abgeschmettert, hier seien "Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse" von privaten Investoren berührt.²⁰ Selbst Abgeordnete müssen ihr Akteneinsichtsrecht verfassungsrechtlich einklagen. Und wenn ihnen dann nach einem jahrelangen Rechtsstreit Akteneinsicht gewährt wird, dann dürfen sie die Unterlagen nur im Datenraum des Finanzsenats einsehen, ohne die Möglichkeit, sich Kopien oder Notizen zu machen. Doch es kommt noch schlimmer: "Unsere" Abgeordneten, die laut Verfassung nur ihrem Gewissen unterworfen sind, müssen auch eine Verschwiegenheitsvereinbarung unterzeichnen, so dass sie zu Geheimnisträgern werden und mit ihren Wählern über das, was sie gelesen haben, nicht reden dürfen.

Diese restriktiv-repressive Informationspolitik steht in diametralem Gegensatz zur viel gepriesenen Informationsgesellschaft. Zu erklären ist diese informative Entmündigung der Bevölkerung nur, wenn man sich die ökonomischen Größenordnungen, um die es geht, vergegenwärtigt. Allein in Berlin sind seit 2001 die Wasserpreise um 35% gestiegen. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind über eine Milliarde Euro aus den Taschen der Verbraucher in die Taschen der privaten Anteilseigner gepumpt worden. Gewiss erscheint diese Zahl im Vergleich mit dem Bankenrettungsfond als bescheiden! Doch hier geht es um eine regionale Kennziffer. Wer diese Kennziffer auf nationale und schließlich auch auf internationale Ebene hochrechnet, der erkennt, wie mittels PPP und vertraglich abgesicherter Gewinnngarantien mit dem Grundnahrungsmittel Nr. 1 todsichere Investments abgeschlossen werden, die letztendlich auch dafür Sorgen, dass ein Großteil der Entwicklungshilfegelder in die Taschen der Investoren fließen.²¹

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Optimierung der neoliberalen Systemtransformation mit dem Ziel, die Umverteilung und Verarmung großer Bevölkerungsteile zu beschleunigen bei einer gleichzeitigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Kapitalanleger, eine wesentliche Voraussetzung hat: Eine Informationspolitik durch ein entsprechendes Kommunikationsmanagement abzusichern, mit der einerseits die massenpsychologische Zerstreuung mittels Bagatellinformationen technologisch gepuscht wird und andererseits systemrelevante Umverteilungsinformationen

²⁰ Über den Stand des Volksbegehrens s. www.berliner-wassertisch.net. Ansonsten ist diese Grotoske kaum zu überbieten: Es werden Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von 2 Unternehmen geltend gemacht, die sich auf dem internationalen Wassermarkt als Kontrahenten gegenüber stehen. Außerdem erscheint die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nur in den Fällen vertretbar, wo sich Konkurrenten gegenüber stehen und Wettbewerb herrscht. Das ist bei einem natürlichen Monopol wie der regionalen Wasserversorgung jedoch nicht der Fall. Hier hat der Endverbraucher nicht die Wahl zwischen verschiedenen Wasserversorgern.

²¹ zu der verheerenden ökonomischen Tragweite des Exports solcher juristischer Blaupausen in das internationale Wassergeschäft siehe Kliem / Rudek.

sowohl unter das Diktat der Geheimhaltung als auch außerhalb des Rechtsstaates gestellt werden.²²

Vor diesem Hintergrund kann die desolante Bestandsaufnahme unserer politischen Informationskultur niemanden überraschen. Der Informationszugang zu behördlichen "Akten" und damit zu den Informationen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in Deutschland im Informationsfreiheitsgesetz (IFG) geregelt. Auch das Verbraucherinformationsgesetz und das Umweltinformationsgesetz sind in diesem Zusammenhang anzuführen und weisen in der Anwendungspraxis ein ähnlich beschämendes Bild auf. Näher betrachtet, erweisen sich diese Gesetze – bedingt durch ihre textuelle Ausgestaltung – als gänzlich ungeeignet, um das Bedürfnis nach Informationsfreiheit nachhaltig zu befriedigen, was zuletzt in der Öffentlichkeit am Beispiel der Berliner S-Bahn-Verträge diskutiert wurde – freilich ohne nachhaltigen Erfolg.

Der Buchstabe des Gesetzes scheint dem Bedürfnis nach Ausnahmeregelungen in Form der unbedingten Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen einen so hohen Stellenwert einzuräumen, dass von der Informationsfreiheit nicht viel übrig bleibt. Als Nachweis auf Bundesebene mag der letzte Bericht des Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Peter Schaar, genügen wie ein Hinweis auf eine Reportage im DeutschlandRadio.

Auf Berliner Ebene läuft zurzeit ein Versuch, mit einem Volksbegehren ein Gesetz zur vollständigen Offenlegung der Geheimverträge, die infolge der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe abgeschlossen worden sind, durchzusetzen.²³ Dieses Volksbegehren hat immerhin bei den politisch Verantwortlichen Bewegungen ausgelöst, die insofern nicht überzeugen, weil das Berliner Parlament das Volksbegehren nicht unterstützt. Stattdessen sind die Berliner Regierungsfractionen (SPD und Die LINKE) gemeinsam mit Bündnis 90 / Die Grünen angetreten, um es durch eine Novellierung des Berliner IFG „besser“ zu machen (so die Behauptung) und die Akten der Daseinsvorsorge generell einer automatischen Offenlegungspflicht zu unterziehen. Schön wär's. Auch hier stand am Ende der Neufassung des IFG eine Konstruktion, die in den Detailregelungen wenig überzeugt: Im Fall der Geheimverträge bei den teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe ist nicht deren vollständige Offenlegung vorgesehen, sondern die Nachverhandlung von den "Bestimmungen des Vertrages, die einer Veröffentlichung entgegen stehen". Zu erwarten ist, dass dann nach der einvernehmlichen Nachverhandlung hinter verschlossenen Türen der interessierten Öffentlichkeit ein "wasserdichter" Vertrag präsentiert wird, der nicht anfechtbar ist und weder Spielräume für Schadensersatzansprüche noch für eine kostengünstige Rekommunalisierung zulässt. Stellungnahmen von einzelnen Abgeordneten bestreiten das und betonen, dass sich die Nachverhandlungen einzig auf Regeln der Verschwiegenheit beziehen. Diese Darstellung steht jedoch nicht im Gesetzestext,

²² Es ist gewiss kein Zufall, dass mit der größten Privatisierung in Deutschland 1984, der Einführung des Privatfernsehens, die Großoffensive auf das Zentralnervensystem der Bevölkerung eingeleitet wurde und es auch der erfolgreichen Jagd nach Einfaltquoten zu verdanken ist, dass die Wiedervereinigung ohne nennenswerte Widerstände durchgesetzt wurde.

²³ Weiterführende Infos unter www.berliner-wassertisch.net

wobei es ein leichtes gewesen wäre, die unbestimmten Rechtsbegriffe durch eindeutige Formulierungen zu ersetzen und klar zu regulieren, dass sich die Nachverhandlungen einzig und allein auf die Bestimmungen des Vertrages beziehen dürfen, die eine Verschwiegenheitsbestimmung enthalten.

Auch für die anderen Bereiche der Daseinsvorsorge steht die behauptete automatische Veröffentlichung unter dem Abwägungsvorbehalt: Was dominiert? Das öffentliche Interesse oder das Schutzinteresse der privaten Investoren an der Einhaltung ihrer Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse? Das besonders Pikante: In dieser wichtigen Frage übernimmt die Abwägung nicht eine unabhängige Stelle, sondern jene öffentliche Stelle, die den Vertrag abgeschlossen hat und als eindeutig befangener Vertragspartner gewiss kein großes Interesse haben wird, sich in die eigenen Karten schauen zu lassen.²⁴ Auch ist nicht geregelt worden, wie die Bürger erfahren, welche Verträge NICHT veröffentlicht werden. Doch gerade diese Information wäre entscheidend, wenn die Bürger gegen die Verwaltungsentscheidung gerichtlich vorgehen wollen und bereit sind, sich mit dem Prozessrisiko über den gesamten Instanzenweg zu belasten. So schafft man ein Gesetz, das die Bürger nicht in Anspruch nehmen können, da ihnen die Informationen über Verträge, die der Geheimhaltung unterliegen, nicht zugänglich gemacht werden. Ein einfaches Register mit einer Übersicht über entsprechende Dokumente ohne Angaben zu den Vertragsinhalten hätte hier Abhilfe schaffen können. Auch dieser Vorschlag wurde den politisch Verantwortlichen unterbreitet. Und auch dieser Vorschlag wurde ignoriert!

Dass der in diesem Text verwendete Begriff des "neoliberalen Kartells" mit strengen Hierarchien die Situation zutreffend beschreibt, kann auch einer Stellungnahme des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Dr. Alexander Dix entnommen werden, der zu der von den Medien hochgelobten Novellierung des Berliner IFG kritisch die enge interessenspolitische Verschmelzung zwischen den Vertragsparteien herausstellt. So sieht die Neufassung vor, dass der private Vertragspartner das Vorliegen von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen begründen muss. Der Kommentar von Dix zu dieser Begründungspflicht:

„Die Darlegungspflicht des privaten Vertragspartners (Satz 3) ist zwar zu begrüßen. Sie darf aber nicht so verstanden werden, dass sich die öffentliche Stelle der eigenen Prüfpflicht entledigt. Insbesondere darf sie die Darlegung nicht ungeprüft als eigene Auffassung übernehmen (was in der Praxis häufig der Fall ist). Dies sollte im Gesetz klargestellt werden. Es wird deshalb folgende Ergänzung (als Satz 4) vorgeschlagen: „Hieran ist die öffentliche Stelle nicht gebunden“.“²⁵

²⁴ Vorstellbar wäre beispielsweise, dass diese Frage von einer unabhängigen Kommission entschieden wird, die sich zur Hälfte aus Mitgliedern des Parlaments zusammensetzt und zur anderen Hälfte auf fachkundigen Experten, die von Transparency International, Business Crime Control und Lobby Control berufen und benannt werden.

²⁵ aus einer Stellungnahme des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit vom 11. Juni 2010 (GZ: 5511.245.3).

Dass selbst eine solche harmlose Empfehlung ist der Neufassung keine Berücksichtigung gefunden hat, spricht Bände und zeigt, dass die Federführung bei der IFG-Novellierung von neoliberalen Interessen geleitet wurde.

Wer diese informative Entmündigung nicht hinnehmen will, muss bereit sein, die Rechtsnormen zu verändern. Von Seiten des neoliberalen Kartells (Wirtschaft, Finanzkapital, Wissenschaft, Politik, Rüstungsindustrie und Medien) ist eine emanzipatorische Veränderung der Rechtsnormen nicht zu erwarten, so dass die progressiven Kräfte der Zivilgesellschaft gut beraten sind, den Rechtsetzungsprozess in die eigene Hand zu nehmen und mittels der direkten Demokratie Alternativen beispielsweise durch Volksbegehren und Volksentscheide durchzusetzen. Nun sind diesem Verfahren insoweit Grenzen gesetzt, als dass im Grundgesetz auf Bundesebene Volksbegehren und Volksentscheide nicht vorgesehen sind. Allerdings sind in allen Bundesländern und Stadtstaaten diese Instrumente des "konstruktiven" Widerstands vorgesehen, so dass unter der Voraussetzung einer breit angelegten zivilgesellschaftlichen föderativen Vernetzung es durchaus vorstellbar wäre, ein Volksgesetz über die Bundesländer zu starten, mit dem Ziel, die Gesetzgebungsinitiative über den Bundesrat in die „eigene Bürgerhand“ zu nehmen.

Aus den bisherigen Schilderungen wird deutlich, dass die neoliberalen Strukturziele der Liberalisierung und Deregulierung gewiss nicht auf den Informationssektor zutreffen. Ganz im Gegenteil: Hier wird weder liberalisiert noch dereguliert, sondern "systemrelevante" Informationen einer repressiven Geheimhaltungspolitik unterworfen, die den Vorwurf eines totalitären Informationsregimes erhärten und untermauern. Zusammenfassend lässt sich neoliberale Informationspolitik durch die Inszenierung eines neoliberal regulierten Verhältnisses zwischen Fülle und Knappheit beschreiben: Mit Informationen, die unmittelbar der Umverteilung dienen, wird „sparsam“ umgegangen, während Informationen, die der systemkonformen Stabilisierung dienen, in einer Überfülle produziert werden, die den Rezipienten vorgaukeln, sie wären nicht nur bestens über das Weltgeschehen informiert, sondern sie zugleich in eine psychologische Stress-Situation der Überforderung bringen, mit der Folge, dass die Gefahr der kognitiven Regression (Jaeggi) wächst und die Rezipienten sich danach sehnen, die „Schotten dicht zu machen“, um sich vor den Informationsfluten zu schützen. Erst wenn die Rezipienten eine informationstypologische Differenzierung lernen und sowohl analytische Informationen auf ihr interdisziplinäres Potenzial zu schätzen wissen und eine Sensibilisierung für problemlösendes Perspektiv-Denken positiv erfahren (die so genannten Aha-Erlebnisse, die intellektuell so sehr berühren, dass sie auch einen Gänsehaut-Effekt auslösen), wird die Befähigung zum eigenständigen Denken jenseits der neoliberalen Verwertungslogik entstehen.

Ausblick(e): Alternativen zum neoliberalen Sparzwang

Während die Bundespolitik weder Kosten noch Mühen scheute, um „systemrelevante“ Banken zu retten, brechen Kommunen ihre wichtigste

Einnahmequelle, die Gewerbesteuereinnahmen weg. Doch statt die Kommunen zu retten, werden sie einem brutalen Sparzwang ausgesetzt: Theater, Schwimmbäder, Bibliotheken werden geschlossen und wie kürzlich bekannt wurde, wird in einer mittelgroßen westdeutschen Stadt der öffentliche Nahverkehr ab 20 Uhr eingestellt. Konnten die Kommunen noch im Jahr 2008 einen Überschuss von 7,7 Mrd. € ausweisen, stand dem im Jahr 2009 ein Einnahmedefizit von 7,1 Mrd. € gegenüber. Und für das laufende Jahr prognostiziert Städtetags-Präsidentin Petra Roth (CDU) ein Rekorddefizit von 15 Milliarden Euro! Dass infolge dieses Sparzwangs auch die Versuchung wächst, auf neoliberale Rezepte zurückzugreifen und die öffentliche Infrastruktur der Daseinsvorsorge auch weiterhin zu privatisieren, liegt auf der Hand. Dabei gibt es Beispiele zu Hauff, die belegen, dass Private keineswegs alles besser, günstiger und effizienter bewerkstelligen können. Das Gegenteil ist der Fall. Bleibt die Frage nach Alternativen, nach Auswegen aus dem Würgegriff des Sparzwangs.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Haushaltsnotlage vieler Kommunen mit Vorsatz herbeigeführt worden ist: Der teuer bezahlte Rat großer neoliberaler Beratungsagenturen hat sich oft als schlecht erwiesen und die Versuche zahlreicher Kämmerer auf dem internationalen Finanzmarkt für die Gemeinde etwas „raus“ zu holen, scheiterten jämmerlich. Steuergelder wurden nicht nur verpulvert, sondern den betroffenen Kommunen sind auf Jahrzehnte mittels vertraglicher Abschlüsse (so genannte Cross-Border-Leasing-Verträge) Verbindlichkeiten aufgezwungen worden, von denen nur Versicherungsgesellschaften und Finanzinstitute profitieren.²⁶ Doch nicht nur die Suche nach Profit bringenden Investments scheiterte, auch die Personalpolitik in den Finanzämtern beweist das Desinteresse, Einnahmepotenziale voll auszuschöpfen. Diese Dramatik bringt die Steuergewerkschaft auf den Punkt: Bundesweit fehlen 15.000 Finanzbeamte, wodurch der Staat bzw. seine „Regenten“ auf ca. 30 Mrd. Einnahmen verzichten! Und das, obwohl im Durchschnitt „ein Steuerfahnder jährlich knapp eine Million Euro zusätzlich für den Fiskus“ eintreibt. „Bei einem Betriebsprüfer sind es gut 1,2 Millionen Euro“²⁷. Diese investorenfreundliche Ausrichtung verdeutlicht Lars P. Feld, Prof. für Volkswirtschaft an der Universität Heidelberg: "In den achtziger Jahren kam auf 200 Kleinunternehmer und Selbständige ein Betriebsprüfer, heute beträgt dieses Verhältnis 700 zu eins". Die Anwendung von Steuergesetzen wird minimiert, um als Standort für Investoren attraktiv zu erscheinen.

Dabei verdeutlichen die zum Kauf angebotenen Daten-CD's von deutschen Steuerhinterziehern, die in der Schweiz und anderen nach wie vor existenten Steuer-Oasen versucht haben, ihre schwarzen Schafe ins Trockene zu bringen, das generelle Dilemma eines Systems, dass seinen Einnahmen hinterherlaufen muss. Dabei ließe sich beispielsweise der Steuerhinterziehung relativ leicht der Riegel verschieben: Erforderlich wäre lediglich ein Gesetz, das Insider durch eine Provisionszahlung belohnt, wenn sie straffällig gewordene Steuerhinterzieher melden. Das Risiko, dass die Steuerhinterziehung eher früher als später ans Tageslicht kommt, wäre dadurch

²⁶ s. zu diesem Thema die Literaturangaben über die Publikationen von Werner Ruegemer

²⁷ Personalmangel in Steuerbehörden – Tausende Finanzbeamte fehlen, in: SZ v. 02.04.2010

sehr hoch. Und wenn dann noch das Strafrecht verschärft werden würde, wäre jedem deutlich, dass es sich bei der Steuerhinterziehung um kein Kavaliersdelikt, sondern um einen Straftatbestand mit erheblichen negativen Auswirkungen für die Volkswirtschaft handelt. Damit wären die fiskalpolitischen Handlungsspielräume auch wieder gegeben.

Bei der kritischen Bestandsaufnahme der Instrumente des neoliberalen Krisenmanagements kann auch der Sonderrettungsfond für die Banken, der aus Steuergeldern finanziert wird, nicht überzeugen. Um die Liquidität der Banken zu erhöhen, hätte sich ein anderes Modell angeboten, dass sich nicht an der neoliberalen Verwertungsoptimierung privater Kapitalanleger orientiert: Der „Stresstest“ hat im letzten Jahr ans Tageslicht gebracht, dass nicht nur die Liquidität von Banken in einer Krise steckt, sondern auch zahlreiche Großkonzerne wenig Eigenkapital vorweisen können. In diesem Zusammenhang wäre es nahe liegend gewesen, diese Unternehmen zu verpflichten, die Dividendenzahlungen oder andere Formen der privaten Gewinnausschüttung einzustellen zugunsten einer frühzeitigen Tilgung ihrer Schulden bei den Banken. Mit einem solchen Transformationsmechanismus wäre auch der private Wirtschaftssektor in die Bankenrettung einbezogen worden. Zugleich hätte die öffentliche Wahrnehmung auf die Verschuldungsproblematik von Unternehmen gelenkt werden können, um so auch dem Trugbild über erfolgreiche Manager entgegen zu wirken, die oft hoch verschuldete Unternehmen leiten – und das mehr schlecht als recht.

Rekommunalisierungsfond statt Rettungsschirm

Besonders ärgerlich ist, mit wie viel Engagement und (neoliberaler) Fantasie die Großbanken gerettet worden sind, weil sie angeblich „systemrelevant“ seien. Hier sollten sich die LeserInnen weniger auf den „Rettungsschirm“ konzentrieren als auf die Leitzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Die Banken erhalten billiges Geld zum Leitzins von einem Prozent – ein Angebot, dass die Banken dankend in Anspruch genommen haben: 442 Mrd. € haben laut Financial Times die Banken bei der EZB seit Ende Juni vergangenen Jahres geordert²⁸, wobei es zur Geschäftspolitik gehört, dass der günstige Leitzins natürlich nicht weitergegeben wird: So klagen viele Betriebe und Unternehmen über die hohen Kapitalbeschaffungskosten (Zinsen und Tilgung), die sie wiederum den Verbrauchern in Rechnung stellen.

In dieser Situation erscheint es dringend geboten, vor allem den Kommunen den Zugang zu zinsgünstigen Mitteln der EZB mit einem entsprechend großzügigem Zeitfenster für die Rückzahlung (Tender) zu eröffnen. Dieser Zugang zu „billigem“ Geld ließe sich koppeln an einen öffentlichen Aufgabenkatalog, wie den der Rekommunalisierung. Mittels eines speziellen Rekommunalisierungsfonds könnte

²⁸ Nicht zu vergessen sind Anleihen bei anderen Zentralbanken wie der FED oder der chinesischen Zentralbank.

die öffentlich-rechtliche Investitionsbank in Berlin in die Lage versetzt werden, RWE und Veolia den Betrag auszuzahlen, den sie 1999 für ihren Einstieg ins Berliner Wassergeschäft eingezahlt haben: 1,68 Mrd. €. Sollten die Wasser“partner“ höhere Ansprüche erheben, dann wären diese mit den eingefahren Gewinnen in den zurückliegenden Jahren der Beteiligung zu verrechnen. Sollten sie ablehnen, dann wäre der Gesetzgeber aufgefordert, eine Enteignung in die Wege zu leiten. Ein Rekommunalisierungsfond hätte zudem den Vorteil, dass auch die verschuldeten Konzerne ihre Verbindlichkeiten bzw. Schulden gegenüber den Banken schneller tilgen könnten, was wiederum der Eigenkapitalausstattung und Liquidität der Banken zu gute kommt. Und wer weiß – Vielleicht würde sich über diesen Weg ein Rettungsschirm für Banken, finanziert aus Steuergeldern von Steuerzahlern (soweit diese ihre Steuern zahlen), sogar erübrigen!

*„Offenes Denken – offensives“
Elazar Benyoetz*

Literatur- und Medienangaben

Adamek, Sascha / Hahn, Martin / Otto, Kim: "Schön reich - Steuern zahlen die Anderen" (TV), WDR 2009

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne (Frankfurt a.M. 1986).

Dix, Alexander: Stellungnahme des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit vom 11. Juni 2010 zur Novelle des IFG (GZ: 5511.245.3)

Hart, aber Fair: "Nach Sarrazins Türken-Schelte: Was ist noch Klartext, was ist schon Vorurteil?" Talk-Show mit Frank Plasberg (Mod.) und den geladenen Gästen Matthias Matussek (Journalist und bekennender Katholik), Oswald Metzger (neoliberaler Publizist und politisches Chamäleon), Ayten Kilicarslan (Alibi-Migrantin vom türkisch-islamischen Verband DITIB), Kristina Köhler (CDU-Expertin für Extremismus UND Integration!) und Hans-Christian Ströbele (MdB / Bündnis 90 / Die Grünen), ARD, 07.10.2009

Hörisch, Jochen: Geld oder Leben, Jochen Hörisch im Gespräch mit Natalie Wappner, Sternstunde Philosophie, 55 min, 3Sat 2010

Informationsfreiheitsgesetz: Bremen, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sendereihe "Länderreport", 21 Min., Deutschlandradio Kultur vom 24.03.2009 / Der Mitschnitt kann beim Autor kostenfrei bezogen werden.

"Journalismus auf Abwegen?", Themenabend auf arte vom 09.02.2010 mit den Beiträgen „Verloren im Nachrichtenschwung“ von Ted Anspach und „Frankreichs Meinungsmacher packen aus“ von D. Jeambar, F. Bordes & S. Kraland.

Kreibich, Rolf: Die Wissenschaftsgesellschaft. Von Galilei zur High-Tech-Revolution. Frankfurt a.M., 1986

Klein, Naomi: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt a.M 2007

- Klien, Markus u. Rudek, Thomas: Gegen sprudelnde Profite. Tragweite und Bedeutung der Vorbereitungen des Berliner Wasser-Volksbegehrens, in: junge welt v. 23.03.2010, S. 10
- Let's make Money, R: Erwin Wagenhofer, Österreich 2008
- Nielsen, Bernd (2010): Call for Papers zur 24. Jahrestagung der Gesellschaft für Psychohistorie und Politische Psychologie e.V. vom 05. bis 07. März 2010 in Hamburg Altona zum Thema „Psychohistorie der Krise“
- Personalmangel in Steuerbehörden – Tausende Finanzbeamte fehlen, in: SZ v. 02.04.2010
- Rudek, Thomas: Wege aus einer kranken Gesellschaft. in: Jahrbuch für Psychohistorische Forschung, 10 (2009). Mattes Verlag, Heidelberg
- Rügemer, Werner (2010): Die Lehman-Lüge - Zusammenbruch der US-Investmentbank löste größte staatliche Rettungsaktion aus. Nach Insolvenz lebt das Institut unter neuem Namen munter weiter, in: junge Welt vom 29.03.2010, S. 9
- Rügemer, Werner (2005): Gesamtdeutscher Ausverkauf. Von der Treuhand zu Public-Private-Partnership. Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2005, S. 1315ff.
- Rügemer, Werner (2006): Privatisierung in Deutschland. (Münster 2006).
- Rügemer, Werner (2008): "Heuschrecken" im öffentlichen Raum: Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments. (Bielefeld 2008).
- Sarrazin, Thilo: Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten. Thilo Sarrazin im Gespräch. in: lettre international, Herbst 2009
- Schaar, Peter: 2. Tätigkeitsbericht zur Informationsfreiheit für die Jahre 2008 und 2009, Berlin 2010
- Schumann, Harald: Demokratie als Illusion? Die Macht der Banken und der Druck „von unten“, Vortrag in der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Berlin am 26.05.2010. Ein akustischer Mitschnitt des Vortrags kann über den Autor kostenfrei bezogen werden.
- Seynsche, Monika: Watergate für Klimaforscher? Deutschlandradio vom 07.12.2009
- Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt. Claudia Honegger, Sighard Neckel und Chantal Magnin (Hg.), Berlin 2010
- Die Wannseekonferenz, BRD 1984 (nach dem gleichnamigen Theaterstück von Paul Mommertz), R: Dietrich Mattausch (Reinhard Heydrich), Gerd Böckmann (Adolf Eichmann) u.a.
- Die Wannseekonferenz (Conspiracy), USA / GB 2001, R: Frank Pierson, D: Kenneth Branagh (Reinhard Heydrich), Stanley Tucci (Adolf Eichmann) u.a.
- Weinnert, Klaus Peter: Im Dienst des Geldes. Was Mathematiker auf dem Kapitalmarkt machen, Deutschlandradio (Forschung und Gesellschaft) 2009
- Weiss, Peter (1965): Die Ermittlung. Oratorium in 11 Gesängen, Berlin 1965
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege, Frankfurt a. M. 2008.
- Zeger, Hans G., zitiert in: Wie der Computer unser Leben verändert, ORF 2009
- Zweifel am Klimawandel, nano (Wissenschaftsmagazin), 3Sat, 16.2.2010 mit zwei Berichten von Frank Farenski und Reinhart Brüning